



## 15. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der CDU

#### über Deregulierung – Kein Fremdwort für die Berliner Verwaltung!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, jährlich in einem Bericht dem Abgeordnetenhaus darzulegen, wie sich die Anzahl von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, die in Berlin Anwendung finden, entwickelt. Darüber hinaus ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen, in welchem Zeitraum und mit welchen Auswirkungen die Anzahl der Rechtsvorschriften signifikant reduziert werden kann, um insbesondere Genehmigungsverfahren für Wirtschaftsunternehmen und Existenzgründer zu vereinfachen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 30. Juni 2002 zu berichten.

#### *Begründung:*

Viele Bürger überblicken die große Anzahl Berliner Rechtsvorschriften längst nicht mehr. Auch bei den Verwaltungen stellt sich oft die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen bspw. eine ältere Verordnung auf die veränderten Bedürfnisse der heutigen Zeit anwendbar ist. Deregulieren heißt: Regelnde Maßnahmen aufheben und Bürokratie abbauen.

Hierdurch wird die Rechtsordnung für den Bürger überschaubar und verständlicher. Er gewinnt zusätzlich ein Stück individueller Freiheit zurück. Behörden können schneller und effizienter arbeiten. Dieses ist auch im Interesse von Unternehmen, die sich dem freien Wettbewerb – aber nicht dem Berliner Vorschriftenschungel – stellen wollen. Deshalb sind gerade die wirtschaftshemmenden, umständlichen Genehmigungsverfahren besonders auf ihre Notwendigkeit hin zu beleuchten. Deregulierung dient sowohl dem Bürger als auch der Verwaltung. Aus diesem Grund soll die Verwaltung ihre Bemühungen zur Deregulierung, die sie zweifelsfrei unternimmt, dem Abgeordnetenhaus auch mitteilen dürfen. Ein jährlicher Bericht erscheint insoweit angemessen.

Damit auch weitestgehend leerlaufende, weil zeitlich überholte Gesetze durch das Parlament aufgehoben werden können, soll die Verwaltung dem Abgeordnetenhaus diesbezügliche Vorschläge unterbreiten.

Berlin, 11. März 2002

Dr. Steffel Atzler Wambach  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU